

tion“ quer durch die Parteien keine Fiktion jugendlicher Moralisten, sondern ein politisch äußerst rationaler Vorschlag.

Seitdem hat das sandinistische Regime in Erfüllung des Friedensabkommens eine Reihe ebenso unerwarteter Zugeständnisse gemacht. Ausgerechnet der in klarer Opposition zum Regime stehende Kardinal *Obando y Bravo* wurde Vorsitzender der Versöhnungskommission. Der Kirchsender Radio Católica erhielt Sendeerlaubnis, die Vorzensur wurde aufgehoben, die oppositionelle Tageszeitung „La Prensa“ durfte wieder erscheinen. Erste indirekte Kontakte mit der „Contra“-Führung, bisher von Ortega kategorisch abgelehnt und auch nicht Bestandteil des Friedensabkommens, kamen zustande. Wichtige Punkte des Friedensplans wie die Amnestie für politische Häftlinge und der Waffenstillstand sind freilich noch unerfüllt. Dies gilt aber auch für das Nachbarland El Salvador, nur wird dies der Regierung des Christdemokraten Duarte nicht gleich als mangelnde Friedens- und Verhandlungsbereitschaft ausgelegt.

In einer Debatte des Bundestages Mitte November sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Volkmar Köhler*, ohne eine grundlegende Änderung der „verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in Nicaragua nützten auch Hilfsgelder nichts. Sobald mit einer Absicherung des Pluralismus und ersichtlicher Demokratisierung dort die Voraussetzungen für eine Bonner Entscheidung gegeben seien, werde die Unterstützung dieser Bemühungen nicht ausbleiben. Die Bundesregierung nimmt also vorerst die Entwicklungshilfe für Nicaragua nicht wieder auf.

Hier wäre zunächst zu fragen, ob die Bundesrepublik überall in der Welt ihre Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe eingestellt hat, wo sie auf eine „verfehlte“ Wirtschafts- und Sozialpolitik gestoßen ist. Die grundsätzliche Frage, ob es legitim oder politisch vernünftig ist, die Gewährung von Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen zu knüpfen, wird ja meist nicht grundsätzlich, sondern unter Berücksichtigung möglicher Erfolge beantwortet. Das heißt, nur wo ein

Regime „druck“-empfindlich ist, hat es Zweck, von außen auf Einhaltung der Menschenrechte oder demokratische Garantien zu dringen. Dies trifft auf das wirtschaftlich arg bedrängte Nicaragua natürlich zu.

Entschieden zu weit geht indes die deutsche Motivforschung in der nicaraguanischen Politik der letzten Monate. Da beklagt eine überregionale deutsche Tageszeitung, die Sandinisten hätten dem Friedensplan „nur zugestimmt, weil sie unter Druck stehen“, innenpolitisch-wirtschaftlichem, außenpolitischem und militärischem. Eine andere – katholisch-konservative – fragt im selben Zusammenhang, ob man von Marxisten guten Willen erwarten könne. Ob hinter der Politik des sandinistischen Regimes eine lupenreine Friedensgesinnung steckt oder politische Bedrängnis, die zu Zugeständnissen zwingt, ist eine heuchlerische Frage. Wohl die allermeisten Friedensschlüsse in der Geschichte sind „nur“ unter innerem oder äußerem Druck zustande gekommen und waren nichtsdestotrotz zum Segen der Menschen.

Eine andere Frage ist es, ob die Politik des Links-Liegenlassens demokratischer Entwicklung Nicaraguas förderlich ist. Der Standpunkt des Mittelamerika-Kenners *Hans-Jürgen Wischnewski* (SPD), nur die Gleichbehandlung der mittelamerikanischen Staaten, die sich schließlich gemeinsam dem Friedensplan verpflichtet haben, diene dem Friedensprozeß, ist zumindest bedenkenswert. Niemand wird behaupten wollen, die Sandinisten hätten sich in diesen Monaten schnurstracks auf den Weg der parlamentarischen Demokratie gemacht. Eben deshalb, und solange das politisch und wirtschaftlich stark angeschlagene Regime sich noch für äußere westliche Einflußnahme anfällig zeigt, wäre die Bundesrepublik besser beraten, wenn sie, wie es auf europäischer Ebene praktiziert wird, die politischen Beziehungen zu Managua intensiviert. Die zu Vermittlerdiensten bereite katholische Kirche, gewiß nicht in der Gefahr, dem sandinistischen Regime auf den Leim zu gehen, ist sich auch nicht zu fein dazu. *bu*

Irritation

Schwierigkeiten mit der Friedensbereitschaft Nicaraguas

Wenn der mächtigste Politiker der westlichen Welt öffentlich feststellt, daß die nicaraguanischen „Sandinisten lügen“ (Präsident *Reagan*), muß das noch nicht heißen, daß seine anderen politischen Widersacher die Wahrheit sagen, nur weil er ihnen den gegenteiligen Vorwurf erspart. Das Beispiel läßt aber auf den engen Zusammenhang von politischer Macht und politischen Sitten schließen.

Auch das völkerrechtliche Prinzip der politischen Nichteinmischung steht offenbar immer dann auf besonders schwachen Beinen, wenn es sich um ein Land handelt, das nicht stark genug ist, sich dieser Einmischung zu erwehren. Dies ist im sandinistischen Nicaragua auf drastische Weise der Fall. Das seit Beginn des Jahrhunderts weitgehend von den Vereinigten Staaten beherrschte Land hat sich nach dem Sturz der Somozas in sowjetische Abhängigkeit begeben und ist damit zu einem Konfliktfeld der Weltmächte geworden.

Im Stil amerikanischer Regierungspolitiker und in der heiklen Phase der mittelamerikanischen Friedensbemühungen befinden auch deutsche Politiker und Medien wie selbstverständlich darüber, daß das Regime in Nicaragua nur durch politischen und wirtschaftlichen Druck von seinem totalitären Kurs abgebracht werden könne. Besonders deutlich wurde das, als im August der von fünf mittelamerikanischen Präsidenten ausgehandelte Friedensplan für die Region auch von Präsident Ortega unterschrieben wurde, was vor dem Treffen in Esquipulas/Guatemala niemand für möglich gehalten hätte.